Inhalt:

SPD-Kreisparteitag	S. 01	Offener Kanal für Papenburg	S. 04
SPD steht zu 630-Mark-Regelung	S. 03	Fahrplan für Bürgermeisterkandidatur	S. 04

Mai 1999

SPD-VORSTAND UND PARTEITAGSGÄSTE vor dem Wahlkampfbus der Sozialdemokraten zur Europawahl mit (von rechts) der Kreisverbandsvorsitzenden Karin Stief-Kreihe, Gerda Siebert, Garrelt Duin, der Bezirksvorsitzenden Inge Lemmermann, Peter Raske, Aloys Bentlage und Heinz Schwarte. Foto: Dieckmann

SPD: Trotz schwarzer Mehrheiten Chefsessel in Rathäusern im Visier

Parteitag der Sozialdemokraten im Emsland - Auftakt zum Europawahlkampf

Papenburg (kd) Die SPD im Emsland pocht an die Türen der Rathäuser: „Wir wollen doch mal sehen, ob wir trotz schwarzer Mehrheiten nicht in zwei Jahren den ein oder anderen hauptamtlichen Bürgermeister stellen können", gab Kreisvorsitzende Karin Stief-Kreihe am Samstag auf dem Parteitag in Papenburg die Devise aus. Denn wer glaube, „sich nach der Europawahl im Juni ausruhen zu können, der irrt", blickte Frau Stief-Kreihe bereits ins Jahr 2001.

Und mit Blick auf den gastgebenden Ortsverein Papenburg, der mit Roland Seemann den stellvertretenden Bürgermeister in der Kanalstadt stellt, meinte die Kreisvorsitzende: „Vielleicht wird aus einem stellvertretenden bald auch einmal ein hauptamtlicher Bürgermeister aus den Reihen unserer Partei." Die erfolgreiche Politik der SPD im Emsland verdeutlichte Frau Stief-Kreihe vor allem am Beispiel der Stadt Papenburg, wo die Sozialdemokraten stärkste politische Kraft wurden – „leider nur bei der Bundestagswahl". Teilweise zweistellige Zuwächse der Partei im Kreis, Ausbau der absoluten Mehrheit im Landtag Hannover und die SPD-geführte Regierung in Bonn nannte die Kreisvorsitzende als weitere Punkte der Erfolgsbilanz und fügte an: Das Emsland sei in Bonn wie in Hannover durch jeweils zwei Abgeordnete vertreten.

Auf Kreisebene hätten die Sozialdemokraten unter anderem mit dem Emslandforum „Prävention", den Aktivitäten zur Entwicklung des Tourismus sowie durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer Akzente gesetzt. Mehrfach untermauerte Frau Stief-Kreihe, daß die Kreis-SPD politisch erfolgreiche Arbeit leiste, fügte allerdings gleichzeitig an: „Wir sind ein Stück weiter gekommen, aber noch nicht weit genug."

In einem Grußwort unterstrich indessen der SPD-Bundestagsabgeordnete Reinhold Robbe aus Bunde, daß es zu der Beteiligung der Bundeswehr an dem NATO-Einsatz in der Krisenregion auf dem Balkan „keine Alternative gibt". Das Töten und Vertreiben von Menschen im Kosovo müsse gestoppt werden. „Es war eine schwierige Entscheidung für unsere Partei", der Bombardierung zuzustimmen, sprach gleichfalls die Bezirksvorsitzende in Weser-Ems, Inge Lemmermann aus Sögel, die NATO-Mission an. In einem gemeinsam und demokratisch gestalteten Europa dürfe jedoch dem Terror des Milosevic-Regimes gegen die Menschen im Kosovo nicht tatenlos zugesehen werden, schlug Frau Lemmermann die Brücke zur anstehenden Wahl zum europäischen Parlament.

Beim Auftakt der Emsland-SPD für den Europawahlkampf, der im Rahmen des Parteitages stattfand, griff ebenfalls Garrelt Duin aus Hinte das Thema Kosovo auf. „Wir dürfen nicht nur auf die Bombardierungen schauen, sondern auch auf die Zeit danach", mahnte Duin, denn Jugoslawien sei schließlich ein Teil Europas. Verzichtet hatte der Kreisvorstand indessen darauf, dem Parteitag eine Resolution zum Kosovokrieg vorzulegen. Karin Stief-Kreihe verwies auf die Debatte auf dem Bundesparteitag der SPD, die alle „Facetten und Empfindungen innerhalb unserer Partei" widergespiegelt habe.

Behandelt wurden auf dem Kreisparteitag ferner zahlreiche Anträge. Auf diesen Komplex kommen wir in unserer morgigen Ausgabe zurück.

Ems-Zeitung 10.05.1999

Starkes Ergebnis für Stief-Kreihe

Wahlen zum SPD-Kreisvorstand

Papenburg (kd) „Ich freue mich riesig über das Ergebnis." Karin Stief-Kreihe zeigte sich nach der Wiederwahl zur Kreisvorsitzenden der emsländischen SPD bewegt. 96 von 98 Delegierten (bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme) hatten der Meppener Landtagsabgeordneten ihre Stimme gegeben.

„Ich werde mir die größte Mühe geben, das Vertrauen zu bestätigen", untermauerte Frau Stief-Kreihe nach dem bravourösen Wahlergebnis. Die Meppenerin steht seit sechs Jahren an der Spitze des SPD-Kreisverbandes.

In den geschäftsführenden Vorstand, der turnusgemäß alle zwei Jahre gewählt wird, wurden weiter berufen: Gerda Siebert aus Lingen (87 Ja-/fünf Neinstimmen/sechs Enthaltungen) und Peter Raske aus Papenburg (86/11/1) als stellvertretende Vorsitzende, Kassiererin Margitta Krüger, Geeste (90/3/5), Schriftführer Aloys Bentlage, Haselünne (95/1/2) und Bildungsbeauftragter Heinz Schwarte aus Werlte (95/3/-).

Zu Beisitzern in das 15köpfige Führungsgremium der SPD wählte der Parteitag Georg Berenzen, Martin Brink, Heinz Dirksen, Christa Kröger, Gerd Otten, Ingried Pohlmann, Dorothea Schmidt, Georg Tranel und Michael Weidekamp.

SPD-Kreisparteitag

Perspektiven

Von Klaus Dieckmann

Die SPD im Emsland bot auf ihrem Parteitag ein Bild starker Geschlossenheit. Die Zusammenkunft in Papenburg war geprägt von großer Harmonie. Sichtbares Zeichen dafür waren auch die eindeutigen Resultate bei den Wahlen zum Kreisvorstand.

Unbestritten herausragend war der Vertrauensbeweis für die Kreisvorsitzende Karin Stief-Kreihe. Die Meppener Landtagsabgeordnete entwickelt sich immer deutlicher zur „Galionsfigur" der emsländischen Sozialdemokraten. Eine ihrer Stärken ist, daß sie direkt das Gespräch mit den Bürgern sucht, selbst wenn ihr – wie bei den Protestveranstaltungen gegen die Reform des Kindertagesstättengesetzes - der Wind ins Gesicht bläst. Frau Stief-Kreihe hat sich zur wohl populärsten Spitzenpolitikerin der Kreis-SPD entwickelt.

Bei ihrem Aufschwung partizipierten die emsländischen Sozialdemokraten sicherlich vom „Schröder-Effekt". Doch die Wahlerfolge der jüngsten Zeit eröffnen, wie auf dem Parteitag selbstbewußt betont wurde, Perspektiven für die Zukunft. Aus dem „direkten Draht" der hiesigen Genossen zu den SPD-geführten Regierungen in Bonn und Hannover erwächst die Chance zur weiteren politischen Profilierung. Daraus resultieren aber gleichfalls stärkere Verpflichtung und Verantwortung der Kreis-SPD für die Bürger in der Region an Ems und auf dem Hümmling.

Berge von Anträgen arbeiteten die emsländischen Sozialdemokraten bei ihrem Kreisparteitag im Hotel Hilling am Papenburger Obenende ab. Bei den Vorstandswahlen hatten am Ende Karin Stief-Kreihe aus Meppen als Vorsitzende, Gerda Siebert (Lingen) und Peter Raske (Papenburg) als Stellvertreter, Margitta Krüger (Geeste) als Kassiererin, Aloys Bentlage (Haselünne) als Schriftführer, Heinz Schwarte (Werlte) als Bildungsbeauftragter die Nase vorn. Foto: Herrmann

Der Wecker 09.05.1999

SPD steht zu 630-Mark-Regelung

Die Sozialdemokraten sprachen sich auf der Ortsausschusssitzung für die derzeitige 630-Mark-Regelung aus und erwarteten, dass die Regierung dem Druck der Unternehmer standhielte. Für die Papenburger SPD verhinderte die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse den bisherigen Missbrauch und dämmte die Aushöhlung der finanziellen Grundlagen der Sozialversicherung ein. Auch eine Besserstellung in der Rentenversicherung wäre für die Mehrzahl der Beschäftigten mit dem neuen Gesetz verbunden.

Peter Raske erinnerte an das Wahlversprechen vor der Bundestagswahl, ungeschützte Arbeitsverhältnisse nicht mehr zu dulden. Der Sinn des 630-Mark-Gesetzes war, der zahlenmäßigen Explosion der geringfügig Beschäftigten ohne Sozialversicherungspflicht - zuletzt über 5 Millionen solcher Beschäftigungsverhältnisse - einen Riegel vorzuschieben.

Es wurden die gezielten Falschinformationen in den Medien über das Gesetz verurteilt. Während die Medien voll von den Protesten gegen das 630-Mark-Gesetz waren, hätte sich noch keiner der vom Gesetz Betroffenen beschwert.

Dies Gesetz war frauenfreundlich und nicht, wie die CDU behauptete, frauenfeindlich. Die Situation der Nebenjobber – vorwiegend Frauen – würde verbessert. Ihre Rentenansprüche erhöhten sich, ohne dass sie dazu eigene Beiträge leisten müssten. Ebenfalls zurückgewiesen wurde der Vorwurf, die neue Regelung sei teurer für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Der Missbrauch der 630-Mark-Jobs wurde dafür teurer. Wer mehrere Nebenjobs gleichzeitig ausübte, musste jetzt wie ein normaler Arbeitnehmer Steuern und Abgaben zahlen. Für die Unternehmen waren die Beiträge, die sie als Arbeitgeber zur Renten- und Krankenversicherung zahlen mussten, nicht höher als die pauschalen Steuern, die sie vorher abführen mussten.

Es gab auch Betriebe, die von Arbeitnehmern verlangten, einen Teil ihrer Arbeitszeit im 630-Mark-Job zu arbeiten. Mit der Neuregelung war dieser Missbrauch endlich vom Tisch. Durch die Neuregelung wurden auch Arbeitnehmer, die zusätzlich zu ihrer Haupttätigkeit einen Nebenjob ausübten, mit denjenigen gleichgestellt, die in ihrem Betrieb Überstunden machten und dafür Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen mussten.

Es war zu erwarten, dass in einigen Branchen wie z.B. bei den Gebäudereinigern das Gesetz zu einem Anstieg an Teilzeit- und Vollzeitarbeitsplätzen führte, da sich mehrere Nebenjobs nicht mehr lohnten.

Unverständlich waren die Klagen von Vereinen, die ihr ehrenamtliches Engagement immer besonders betonten, wenn es um Zuschüsse durch die Kommunen ging. Jetzt hatte man den Eindruck, dass die meisten Übungsleiter und viele Vorstandsmitglieder geringfügig Beschäftigte des Vereins waren. „Wenn ein Bankdirektor nicht mehr die Kasse einer Kirchengemeinde führen will, weil es sich als 630-Mark-Job nicht mehr lohne, dann scheint es mit dem Hochhalten des Ehrenamtes nicht weit her," so SPD-Fraktionsvorsitzender Roland Seemann.

Papenburger SPD steht hinter 630-Mark-Regelung

Regierung muß Druck standhalten - Mehr Gerechtigkeit

Papenburg Auf der letzten SPD-Ortsausschußsitzung in Papenburg sprachen sich die Sozialdemokraten für die derzeitige 630-DM-Regelung aus und erwarten, daß die Regierung dem Druck der Unternehmer standhält. Für die Papenburger Sozialdemokraten verhindert die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse den bisherigen Mißbrauch und dämmt die Aushöhlung der finanziellen Grundlagen der Sozialversicherung ein. Auch eine Besserstellung in der Rentenversicherung sei für die Mehrzahl der Beschäftigten mit dem neuen Gesetz verbunden.

Peter Raske erinnerte an das Wahlversprechen vor der Bundestagswahl, ungeschützte Arbeitsverhältnisse nicht mehr zu dulden. Der Sinn des 630-Mark-Gesetzes war und ist es, der zahlenmäßigen Explosion der geringfügig Beschäftigten ohne Sozialversicherungspflicht – zuletzt über 5 Millionen solcher Beschäftigungsverhältnisse – einen Riegel vorzuscheiben.

Bernhard Bloem, SPD-Ortsvereinsvorsitzender verurteilte die gezielten Falschinformationen in den Medien über das Gesetz und meinte: „Wenn die FDP und die Unternehmen so massiv gegen das Gesetz vorgehen, dann müssen die Auswirkungen des Gesetzes wohl genau den Kern treffen, den wir beabsichtigt haben."

Wie Barbara Gruner erläuterte sei dies Gesetz frauenfreundlich und nicht – wie die CDU behauptet – frauenfeindlich. Die Situation der Nebenjobber – vorwiegend Frauen – würde verbesert. Ihre Rentenansprüche erhöhten sich, ohne daß sie dazu eigene Beiträge leisten müßten. Ebenfalls wies sie den Vorwurf zurück, die neue Regelung sei teurer für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Der Mißbrauch der 630-Mark-Jobs werde teurer. Wer mehrere Nebenjobs gleichzeitig ausübe, müsse jetzt wie ein normaler Arbeitnehmer Steuern und Abgaben zahlen. Kid Rieke wies darauf hin, daß die Beiträge, die er als Arbeitgeber zur Renten- und Krankenversicherung zahlen müsse, nicht höher als die pauschalen Steuern seien, die er vorher abführen mußte.

Wilhelm Kröger berichtete von Betrieben, die von Arbeitnehmern verlangten, einen Teil ihrer Arbeitszeit im 630-Mark-Job zu leisten. Mit der Neuregelung sei dieser Mißbrauch endlich vom Tisch. Durch die Neuregelung werden auch Arbeitnehmer, die zusätzlich zu ihrer Haupttätigkeit einen Nebenjob ausüben, mit denjenigen gleichgestellt, die in ihrem Betrieb Überstunden machen und dafür Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen müssen. Christa Kröger von der Bürgerbewegung gegen Arbeitslosigkeit erwartet, daß in einigen Branchen wie z. B. bei den Gebäudereinigern das Gesetz zu einem Anstieg an Teilzeit- und Vollzeitarbeitsplätzen führe, da sich mehrere Nebenjobs nicht mehr lohnen.

Unverständlich seien für Peter Raske die Klagen von Vereinen, die ihr ehrenamtliches Engagement immer besonders betonen, wenn es um Zuschüsse durch die Kommunen gehe. Jetzt habe er den Eindruck, daß die meisten Übungsleiter und viele Vorstandsmitglieder geringfügig Beschäftigte des Vereins seien. „Wenn ein Bankdirektor nicht mehr die Kasse einer Kirchengemeinde führen will, weil es sich als 630-Mark-Job nicht mehr lohne, dann scheint es mit dem Hochhalten des Ehrenamtes nicht weit her," so Roland Seemann.

Ems-Zeitung 12.05.1999

SPD verteidigt 630-DM-Gesetz

Papenburg. Auf der SPD-Ortsausschußsitzung sprachen sich die Sozialdemokraten für die derzeitige 630-Mark-Regelung aus. Für die Sozialdemokraten verhindert die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse den bisherigen Mißbrauch und dämmt die Aushöhlung der finanziellen Grundlagen der Sozialversicherung ein. Peter Raske erinnerte an das Wahlversprechen, ungeschützte Arbeitsverhältnisse nicht mehr zu dulden. Der Sinn des 630-Mark-Gesetzes sei es, den Anstieg der geringfügigen Beschäftigung einen Riegel vorzuschieben.

Der Wecker 16.05.1999

Offener Kanal für Papenburg

Nachdem im südlichen Emsland und in der Grafschaft Bentheim die „Ems-Vechte-Welle“ seit zwei Jahren bestand, sprach sich die SPD-Fraktion in Papenburg dafür aus, den Sendebetrieb auf das nördliche Emsland und Papenburg zu erweitern. Damit Papenburg seinem Ruf als Medienstadt gerecht würde, wollten die Sozialdemokraten ein Studio für den „Offenen Kanal“ in der Stadt.

Offene Kanäle hießen lokale Radio- und Fernsehsender, deren Programm von Bürgerinnen und Bürgern der Region gestaltet wurde. Sie waren in Niedersachsen seit 1993 möglich. Das niedersächsische Modellprojekt als Grundlage für die Ems-Vechte-Welle wurde von der Niedersächsischen Landesmedienanstalt getragen, die auch den größten Teil der Finanzierung übernahm.

Für die Region Emsland/Grafschaft Bentheim wurde ein Offener Kanal lizensiert. Träger vor Ort war der gemeinnützige Verein Offener Kanal Emsland – Grafschaft Bentheim. Der Norden des Emslandes konnte bisher wegen fehlender freier Sendefrequenzen nicht an dem Programm beteiligt werden. Wie die SPDFraktion erfahren hatte, bestand die Möglichkeit, dass frei werdende Sendefrequenzen für den Raum Papenburg und das nördliche Emsland genutzt werden könnten. Deshalb sprach sie sich dafür aus, in Papenburg ein Studio für den Offenen Kanal einzurichten.

Die Niedersächsische Landesmedienanstalt hatte in ersten Gesprächen ihre Bereitschaft für die Ausweitung des Sendebetriebs signalisiert.

In einem mit professioneller Hörfunktechnik ausgestattetem Studio in Papenburg könnten Bürgerinnen und Bürger Sendungen für sich oder ihren Verein produzieren und senden. Dabei würden hauptamtliche Mitarbeiter helfen und für die Koordination der Sendetermine sorgen. Die SPD versprach sich von der Ausweitung des Offenen Kanals für das nördliche Emsland und Papenburg, eine Bereicherung der lokalen Information über Ereignisse, Institutionen und Vereine vor Ort sowie eine Belebung der Meinungsvielfalt.

Bei der Ems-Vechte-Welle hatten bereits zahlreiche Bürgerinnen und Bürger das Medium Radio für sich und ihren Verein erfolgreich entdeckt. Das Landvolk war ebenso vertreten wie jugendliche Fans lokaler Rockmusik. Es gab ein Seniorenmagazin und Plattdeutsches Radio.

Fahrplan für Bürgermeisterkandidatur

Auf einer Vorstandssitzung legte die SPD-Papenburg auf das weitere Vorgehen für die Suche nach einem geeigneten Bürgermeisterkandidaten fest. Bis zum April 2000 wollten die Sozialdemokraten ihren Kandidaten oder ihre Kandidatin den Papenburgern präsentieren.

Es bestünden große Chancen, bei der Bürgermeisterwahl im Jahre 2001, an die Ergebnisse der Landtagswahl und der Bundestagswahl anzuknüpfen. Bei diesen Wahlen wurde die SPD zum ersten Mal stärkste Partei in Papenburg.

Deshalb wollte man einen eigenen Kandidaten präsentieren, wobei eine Kandidatin besonders wünschenswert wäre. Damit war auch die Diskussion vom Tisch, eventuell den jetzigen Bürgermeister Ulrich Nehe zu unterstützen. Zwar hatte sich die Zusammenarbeit mit ihm sehr gut entwickelt und die Sozialdemokraten waren auch mit seiner Amtsführung zufrieden, aber man wollte eine Persönlichkeit mit sozialdemokratischer Grundeinstellung.

Es wurden eine Reihe von Namen sowohl aus dem Ortsverein wie auch aus dem ostfriesischen Raum ins Spiel gebracht. Mit diesen sollten in nächster Zeit Gespräche geführt werden. Der Auswahlprozess sollte Ende des Jahres abgeschlossen sein, so dass spätestens bis zum April 2000 ein eigener Kandidat präsentiert werden könnte. Anschließend würde der Ortsverein dann in zahlreichen Veranstaltungen für eine breite Bekanntheit und Zustimmung in der Bevölkerung sorgen.

Die SPD wollte bei der Bürgermeisterwahl in Papenburg nicht auf die Zerrissenheit der CDU vertrauen, sondern den Wahl kampf auf die Persönlichkeit ihres Kandidaten oder ihrer Kandidatin aufbauen.

SPD-Vorstand wünscht sich eine Bürgermeisterin

Suche nach Kandidaten hat begonnen

Papenburg

Auf der letzten Vorstandssitzung einigte sich der SPD-Vorstand auf das weitere Vorgehen für die Suche nach einem geeigneten Bürgermeisterkandidaten. Bis zum April 2000 wollen die Sozialdemokraten ihren Kandidaten oder ihre Kandidatin den Papenburgern präsentieren.

Der SPD-Vorstand ist der Auffassung, daß bei der Bürgermeisterwahl im Jahr 2001 große Chancen bestehen, an die Ergebnisse der Landtagswahl und der Bundestagswahl anzuknüpfen. Mit ihrem Wahlkampf haben Peter Raske und Reinhold Robbe bewiesen, daß in Papenburg die SPD Wahlen gewinnen kann. Bei diesen Wahlen wurde die SPD erstmals stärkste Partei in Papenburg. Einigkeit herrschte in der Frage, daß die SPD einen eigenen Kandidaten präsentieren müsse. Eine Bürgermeisterkandidatin ist aus Sicht des Vorstandes besonders wünschenswert.

Damit ist auch die Diskussion vom Tisch, eventuell Bürgermeister Ulrich Nehe zu unterstützen. Zwar habe sich die Zusammenarbeit mit ihm sehr gut entwickelt, und die Sozialdemokraten sind auch mit seiner Amtsführung sehr zufrieden, aber man wolle als Bürgermeister oder Bürgermeisterin eine Persönlichkeit mit sozialdemokratischer Grundeinstellung.

Die Vorstandsmitglieder haben eine Reihe von Namen sowohl aus dem Ortsverein wie auch aus dem ostfriesischen Raum ins Spiel gebracht. Mit diesen Genossen und Genossinnen sollen in nächster Zeit Gespräche geführt werden, ob sie bereit sind für eine Kandidatur. Der Auswahlprozeß soll Ende des Jahres abgeschlossen sein, so daß der Bevölkerung in Papenburg spätestens bis zum April 2000 der Kandidat oder die Kandidatin für das Bürgermeisteramt präsentiert werden kann. Anschließend werde der Ortsverein dann in zahlreichen Veranstaltungen für eine breite Bekanntheit und Zustimmung in der Bevölkerung sorgen. Die SPD werde bei der Bürgermeisterwahl in Papenburg nicht auf die Zerrissenheit der CDU vertrauen, sondern den Wahlkampf auf die Persönlichkeit ihres Kandidaten oder ihrer Kandidatin aufbauen, heißt es in einer Pressemitteilung.

Ems-Zeitung 15.05.1999